

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Redakteur
Herrn Dr. H. H. H.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Verlag:
Riesa Nr. 52.

Nr. 136.

Montag, 15. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsstellen — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Fortgang der innerpolitischen Verhandlungen.

Auf dem Wege der Verständigung.

Entscheidende Besprechung Brüning—Dingeldey.

Berlin. Reichskanzler Dr. Brüning setzte am Sonnabend seine Bemühungen fort, die Parteien von der Angewandtheit einer vorzeitigen Einberufung des Reichstags und einer Abänderung der Rotverordnung zu überzeugen. Schon daraus ergibt sich, daß der Reichspräsident sich mit der von Dr. Brüning verfolgten Linie der Politik einverstanden erklärt hat.

Zunächst hatte der Reichskanzler wieder eine längere Besprechung mit den sozialdemokratischen Fraktionsführern über deren Änderungsansprüche. In diesen Verhandlungen nahmen auch Reichsarbeitsminister Stegerwald und der Führer der Zentrumspartei Abg. Dr. Raas teil. Im Laufe der Verhandlungen wurde, wie das Nachrichtenbüro des VdA. erfährt, auch die Möglichkeit der Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstags zum Zwecke der Abänderung der Rotverordnung diskutiert, eine entscheidende Stellungnahme ist jedoch noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen wurden wieder vertagt, und zwar bis zur Rückkehr des Reichskanzlers aus Hildesheim, also bis zum Montag. Als Vertreter der Reichstagsfraktion der Staatspartei erschien nachmittags Staatssekretär a. D. Meyer bei Reichskanzler Dr. Brüning, um die Wünsche seiner Fraktion vorzutragen. Der Reichskanzler erklärte auch in dieser Besprechung, er habe grundsätzlich keine Bedenken gegen eine Abänderung der Verordnung in einzelnen Punkten, er sehe aber noch keine Möglichkeit, wie man die in entgegengegesetzter Richtung laufenden Änderungsansprüche der verschiedenen Parteien miteinander in Übereinstimmung bringen könnte.

Ferner hatte Dr. Brüning eine Besprechung mit den Führern des Christlich-sozialen Volksdienstes Dr. Simpfendorfer und Hüller. Auch diese wiesen zwar auf die nach ihrer Meinung vorhandenen schweren Mängel in der Rotverordnung hin, betonten aber, daß die auswärtige Politik den Vorrang haben müsse und daß nach ihrer Meinung schneller, als es die Regierung beabsichtigt, Schritte zur Erleichterung der Reparationen unternommen werden müßten. Die Reichsregierung will wenigstens noch bis zur Ankunft des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, also etwa vier Wochen, mit entscheidenden Schritten warten. Dr. Brüning scheint aber den Christlich-sozialen entgegenkommende Erklärungen abgegeben zu haben in der Richtung, daß die Erklärung eines Transfers-Rotatoriums allerdings nur der erste Schritt sein könne und daß eine weitere bedrohliche Entwicklung auf dem Devisenmarkt und eine weitere Schwächung der Reichsbank schon sehr bald die Einleitung von Reparationsverhandlungen erzwingen könne. Jedenfalls ist in der Besprechung des Reichskanzlers mit den Christlich-sozialen eine gewisse Annäherung erfolgt. Unausgeglichen blieb Dr. Brüning jedoch in der Frage der Rabinetsbildung, so daß es immer noch zweifelhaft bleibt, ob die Christlich-sozialen am Dienstag im Reichstagsrat die Einberufung des Reichstags ablehnen werden. Dr. Brüning hat sich den christlich-sozialen Unterhändlern für weitere Besprechungen zur Verfügung gestellt.

Ähnlich dürfte auch die Unterredung verlaufen sein, die Dr. Brüning kurz vor seiner Abreise nach Hildesheim noch mit dem Volksparteiler Dingeldey hatte. In parlamentarischen Kreisen betrachtet man daher die Lage wieder etwas hoffnungsvoller. Man hält es für möglich, daß die Deutsche Volkspartei doch noch den Weg zu einer Verständigung mit der Regierung findet, zumal die Reichsopposition ganz offen erklärt, sie verlange einen völligen Umschwung in der gesamten Innen- und Auswärtigen Politik mit vollständiger Aufhebung der Rotverordnung und sofortiger Erklärung der deutschen Zahlungsunfähigkeit gegenüber den Verpflichtungen des Schuldscheines. Die von der Deutschen Volkspartei gewünschte Einbestellung wenigstens der Deutschnationalen in die Regierungskombination erscheint also unumgänglich.

Zwischendurch hatte Dr. Brüning auch eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther über die Lage der Reichsbank und des Devisenmarktes. Ferner besprach sich Dr. Brüning mit dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns.

Kurz nach 4 Uhr reiste der Reichskanzler zur Teilnahme an der Sitzung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei nach Hildesheim ab.

Böln. Die Kölnische Zeitung meldet: Ueber die Unterredung, die der Führer der DVP., Reichstagsabgeordneter Dingeldey am Sonnabend mit Reichskanzler Dr. Brüning auf der Fahrt nach Hannover über die politische Lage gehabt hat, erfährt die Kölnische Zeitung aus maßgebenden volksparteilichen Kreisen, daß im Mittelpunkt der Erörterungen die von der Deutschen Volkspartei angeführten drei Hauptfragen standen: Einmal in welcher Weise die Frage der Einberufung so schnell und so nachdrücklich wie irgend möglich vorwärts gebracht werden kann, besonders nachdem die seit Chequers eingetretene veränderte Devisenlage die Situation für Deutschland erneut verschärft

hat, sodann die Frage der Sicherung des Niveaus der Rotverordnung durch organische Reformen und einen einheitlichen Finanz- und Wirtschaftspläne, endlich die Frage der Gewinnung der besten Männer zur erfolgreichen Durchführung dieser Aufgaben besonders auch solcher Persönlichkeiten, die parteipolitisch nicht gebunden sind. Nur so kann das Vertrauen des Volkes trotz etwaiger neuer Opfer wieder gewonnen werden.

Ueber die entscheidende Bedeutung dieser Fragen für unsere ganze Zukunft herrschte keinerlei Meinungsverschiedenheit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei den heute Montag fortzuführenden Verhandlungen eine Annäherung der Auffassung erzielt und damit eine akute Krise verhindert wird. Die Bedeutung der Aussprache liegt vor allem darin, daß die sachlichen Gesichtspunkte wieder in den Vordergrund gestellt worden sind, die durch allerlei tendenziöse Machenschaften der letzten Tage hinter personellen Fragen zurückgedrängt worden waren. Ist man sich über Ziel und Weg einig, dann wird die Lösung der Verlorenfrage sich voraussichtlich ohne Schwierigkeiten ergeben.

Weitere Parteiführerbesprechungen.

Berlin. (Funktspruch.) Reichskanzler Dr. Brüning setzte heute Montag seine Besprechungen mit den Parteiführern fort. Zunächst hatte er um 11 Uhr eine Aussprache mit dem Fraktionsvorsitzenden der Wirtschaftspartei Abg. Röllath. Ferner war eine Unterredung mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften in Aussicht genommen. Nachmittags um vier Uhr empfing der Reichskanzler in Gegenwart des gesamten Reichsstaatsrats, des Reichstagspräsidenten Lohse, des preussischen Ministerpräsidenten Brauns und des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther die Vertreter der hinter der Regierung stehenden Parteien. Dabei sollen diese Parteien noch einmal auf den ganzen Ernst der Lage aufmerksam gemacht werden. Man geht wohl nicht fehl, in der Annahme, daß vor allen Dingen auf die Deutsche Volkspartei ein Druck ausgeübt werden soll. Um 6 Uhr folgten dann neue Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem Sozialdemokraten.

Im Reichstag hielt vormittag die Wirtschaftspartei eine Fraktionsversammlung. Nachmittags verammelten sich außerdem auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei zu Fraktionsversammlungen.

Le Havre, 15. Juni. Aus St. Nazaire wird gemeldet, daß der Dampfer „St. Philibert“ der Sonntag vormittag mit einer fünf- bis sechshundert Köpfe zählenden Anflugs-Gesellschaft Nantes verlassen hatte, fünf Seemeilen von St. Nazaire entfernt in einen Sturm geraten und untergegangen sein soll.

Schiffstatastrophe an der französischen Küste.

Schätzungsweise 300 Todesopfer.

Bergungsdampfer vom Sturm gegen die Felsen geworfen.

Der Dampfer „Saint Philibert“ verloren.

Paris. Nach einer Havasmeldung aus St. Nazaire befindet sich der Dampfer „Saint Philibert“, der gestern früh mit 500 bis 600 Ausflüglern an Bord Nantes verlassen hatte, verloren ist. Ueber die Zahl der Toten ist noch nichts bekannt. Bisher sind acht Passagiere gerettet worden.

St. Nazaire. (Funktspruch.) Die Zahl der Personen, die die Fahrt mit dem Ausflugsdampfer St. Philibert mitgemacht haben, aber infolge des Sturmes das Schiff für die Rückfahrt nicht benutzen und so ihr Leben retteten, dürfte etwa 150 betragen. Ueber die Zahl der Opfer ist noch immer keine genaue Nachricht zu erhalten. Das Unglück ereignete sich um 18.30 drei Meilen von der St. Gildas-Spitze entfernt, und wurde erst in der Nacht bekannt, da man das Nichtentreffen des Dampfers zunächst nicht weiter beachtet hatte. Infolge des Sturmes, der auf der Rückfahrt herrschte, haben dann die Passagiere sich alle auf die dem Winde abgekehrte Seite des Schiffes begeben, und als eine Welle gegen den Dampfer schlug, konnte sie das Schiff mit einem Schlag zum Kentern bringen. Dieser plötzliche Charakter des Unglücks hatte zur Folge, daß die Passagiere sich nicht mehr der Rettungsgürtel bedienen konnten, mit Ausnahme eines

Die Klärung soll beschleunigt werden.

Berlin. (Funktspruch.) In Kreisen der Reichsregierung hofft man, daß es schon in den für heute schließlichen Verhandlungen gelingen wird, die Entscheidung der innerpolitischen Lage herbeizuführen. Diese Beschleunigung der Klärung wird schon im letzten Hinblick auf den Devisenmarkt als wünschenswert bezeichnet.

Im Verhältnis zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Kabinett sieht man die Lage bereits als entspannt an. Es wird kaum noch daran gezweifelt, daß die Fraktion auf Grund des Berichtes, den Abg. Dingeldey über seine Besprechungen mit dem Kanzler erstattet, zu einer Revision ihres Donnerstagbeschlusses gelangen wird. Das würde dann bedeuten, daß die Einberufung des Reichstages von der Deutschen Volkspartei nicht mehr verlangt wird. Dann würde die Entscheidung des Landvolkes, die für morgen ansteht, die Situation nicht mehr ändern.

Berlin. (Funktspruch.) Nach einer halbfrühlichen Besprechung mit Reichskanzler Dr. Brüning kehrte Abgeordneter Röllath (Wirtschaftspartei) in den Reichstag zurück, um seiner Fraktion Bericht zu erstatten.

Die Botschafter berichten in Berlin.

Berlin. Die Reichsregierung betrachtet nicht nur die innere, sondern auch die außenpolitische Lage Deutschlands als sehr ernst. Das Auswärtige Amt hat daher die deutschen Botschafter aus den wichtigsten Ländern zur Berichterstattung nach Berlin gebeten, insbesondere den Washingtoner Botschafter v. Prittwitz und Gaffron, den Pariser Botschafter von Goelsch und den römischen Botschafter von Schubert. Die Reichsregierung will sich durch persönliche Besprechungen mit ihren wichtigsten Auslandsvertretern ein möglichst genaues Bild von der Stimmung bei den Großmächten gegenüber Deutschland und über deren Haltung zur Reparationsfrage verschaffen.

Botschafter v. Prittwitz reist über Italien nach Deutschland. Daraus ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, als ob Prittwitz, der ja jahrelang deutscher Botschafter in Rom gewesen ist, vor seiner Rückkehr nach Berlin noch seine alten Beziehungen benutzen sollte, um in Italien zu sondieren. Es wird behauptet, Prittwitz fahre im Einverständnis mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover nach Rom, um dort über ein Rotatorium für Deutschland zu verhandeln. An ausländiger deutscher Stelle wird die Richtigkeit dieser Darstellung ganz entschieden bestritten und darauf hingewiesen, daß nur der in Rom akkreditierte deutsche Botschafter von Schubert mit solchen Verhandlungen betraut werden könnte.

Deutscherseits, der sich noch einen Schwammgürtel umschlingen konnte und gerettet wurde.

Paris. (Funktspruch.) Auch heute früh liegen keine weiteren Nachrichten über den Untergang des Dampfers „St. Philibert“ vor. Zeitungsnachrichten betätigen, daß die Pflichtigkeit des Unglücks und die Notwendigkeit, erst Rettungsboote herbeizuführen und Harz zu machen, die Rettung der Schiffbrüchigen verhinderte. Der Kapitän eines Lotsenschiffes, das auf der Höhe von St. Nazaire kreuzte, eilte an die Unfallstelle, sobald er von dem Untergang Kenntnis erhalten hatte. Das erste Rettungsboot des Lotsenschiffes wurde beim zu Wasserlassen von den Wellen weggerissen. Erst mit Hilfe eines zweiten Bootes konnten neben der Schiffbrüchigen aufgenommen werden. Bei Einbruch der Nacht waren weitere Bemühungen unmöglich. Nach Mitternacht mußten auch die Nachforschungen eingestellt werden.

Schätzungsweise 300 Todesopfer.

St. Nazaire. (Funktspruch.) Außer der Bergung von acht Überlebenden des furchtbaren Schiffsunfalls sind weitere Nachrichten über die Rettung von Passagieren nicht mehr eingetroffen. Man muß daher annehmen, daß die Zahl der Ertrunkenen etwa 300 beträgt.